



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

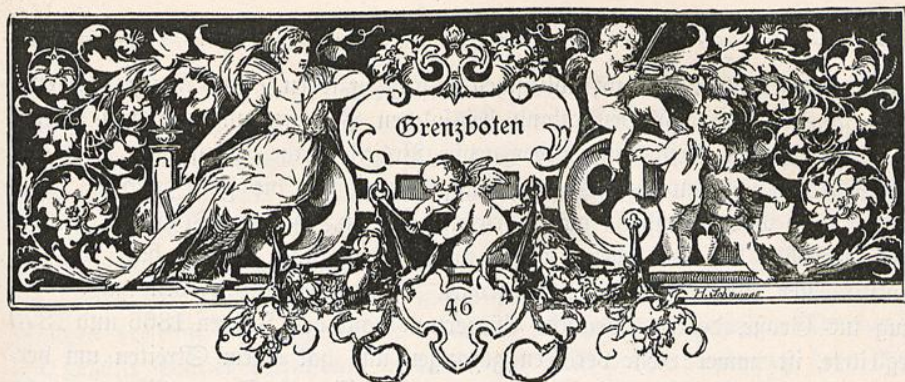
**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Vom bürgerlichen Parteiwesen

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Dem bürgerlichen Parteiwesen



Im Leben unserer bürgerlichen Parteien, namentlich soweit es in der Presse zum Ausdruck kommt, herrscht ein trostloser Wirrwarr. Und daneben läßt sich nicht verkennen, daß eine ganz gesunde Unterströmung in allen bürgerlichen Schichten vorhanden ist, die aber nicht zum kräftigen Ausdruck gelangen kann, weil Parteiredner und Parteiblätter immer wieder störend dazwischen fahren. Parteien, die nach ihrer ganzen Grundrichtung zusammengehören, bekämpfen und befehlen einander, dagegen suchen andre, die innerlich gar nichts gemein haben, Annäherung aneinander. Politische Richtungen, die sich selbst als Stützen der monarchischen Staatsordnung ausgeben und auch bisher dafür angesehen worden sind, machen zu Wahlzwecken gemeinsame Sache mit einer Partei, die gar kein Hehl daraus macht, daß sie darauf ausgeht, den bestehenden Staat zu untergraben und zu stürzen. Unter diesen Umständen kann es nicht wundernehmen, daß die ausgesprochene Neigung in allen bürgerlichen Kreisen, sich nach den offenbaren Wirkungen der allgemeinen Zersplitterung bei den letzten Reichstagswahlen nun einmal einmütig gegen den gemeinsamen Feind, die Sozialdemokratie, zu wenden, nicht immer die gewollte Wirkung zu erreichen vermag. Wie soll aber überhaupt der Kampf gegen die Sozialdemokratie geführt werden, wenn so günstige Anzeichen, wie sie tatsächlich in der Gegenwart vorhanden sind, unbenützt vorübergehen? Wegen Mandatsinteressen haben die Nationalliberalen in Baden ein Wahlbündnis mit den Sozialdemokraten geschlossen, und die Ausrede, daß das Zentrum aus demselben Grunde in Bayern das gleiche getan habe, sollte doch nicht als ausreichend gelten für eine Partei, die unverdrossen versichert, daß das Zentrum in nationaler und kulturfreundlicher Gesinnung tief unter ihr stehe.

Es beruht unzweifelhaft auf Täuschung, wenn man annimmt, daß ein einmaliges Zusammengehen mit der Sozialdemokratie an der grundsätzlichen Gegnerschaft beider Parteien nichts ändere. Jedenfalls wird man auf diesem Wege

das deutsche Volk nicht zur politischen Moral erziehen. Im Ausland erkennt man ganz genau, daß Deutschland bei solchen Parteien und mit dem daraus zusammengesetzten Reichstage weder große Politik machen kann noch auch eine große Flotte bauen wird; je entscheidungsreicher sich die Zeit gestaltet, desto kleiner wird das Geschlecht der Parteien, das in fast vier Jahrzehnten nach dem Entstehen des Deutschen Reiches noch immer nicht gelernt hat, wie die Politik einer Weltmacht und einer großen Nation gemacht werden muß. Der Zug ins Große, der das deutsche Bürgertum nach den Jahren 1866 und 1870 begleitete, ist immer mehr verloren gegangen und hat einem Streiten um verhältnismäßig geringfügige wirtschaftliche und konfessionelle Fragen Platz gemacht, neben dem die Aussicht auf die Zukunft außer acht gelassen wird. Der Eindruck dieses trostlosen Zustandes wird auch von der öffentlichen Meinung allgemein empfunden, und es ist vergeblich, wenn ihre sogenannte Vertretung die Schuld auf die Politik des Kaisers und des Reichskanzlers schieben will. Man braucht nicht jedem Wort und jedem Schritt auf jener Seite zuzujubeln, aber man kann sich bei einiger Unbefangenheit der Wahrnehmung nicht verschließen, daß der eigentliche Grund unsrer unfruchtbaren innern und äußern Politik nicht dort zu suchen ist. Im Gegenteil, gerade da, von wo die Vorwürfe über Zickzackpolitik herkommen, herrscht die größte Zersahrenheit, und es scheint fast, als sei bei ganzen Richtungen die Fähigkeit verloren gegangen, ihre Kraft auf die Verwirklichung eines großen Gedankens zu richten. Über Kritiken, die allerdings meist bitterböse ausfallen, kommt man nicht hinaus, von einer Bezeichnung richtiger Wege, die eingeschlagen werden müßten, vernimmt man nichts, am wenigsten etwas praktisch Durchführbares.

Ein mit gutem Grund beklagter Umstand ist, daß Gesetzgebung und auch Verwaltung des Reichs seit Jahren vom Zentrum, also von einer Partei abhängig sind, die vom konfessionellen Standpunkt aus zusammengehalten wird. Meist wird diese Anomalie unsers Staatslebens bloß dazu benutzt, Schlagworte wie „Zentrum ist Trumpf“ u. a. gegen die Regierung oder eigentlich gegen den Kaiser zu gewinnen, Schlagworte, die an Seichtigkeit der Begründung nicht einmal von den Refrains der Couplets in Tingeltangeln erreicht werden. Jedermann weiß doch oder sollte wenigstens wissen, wie das Zentrum entstanden ist. Durch die zum Teil geradezu schikanöse Art, mit der seinerzeit der sogenannte Kulturkampf geführt worden ist, und von der sich sogar später der Altreichskanzler entschieden losgesagt hat, waren auch gebildete katholische Kreise, die bis dahin der Religion mit derselben Interessellosigkeit gegenübergestanden hatten wie in der Gegenwart viele gebildete Protestanten ihrer Kirche, zu einer politischen Partei zusammengetrieben worden, und gerade sie hatten einem schon vorhandenen Gemisch von kirchlich einseitigen und politisch partikularistischen, also recht heterogenen Elementen eine Festigkeit verliehen, durch die noch heute das Zentrum wie eine Phalanx in unser Parteileben unerschütterlich hineinragt. Seit der Zertrümmerung der Kartellmehrheit ist die Zentrumspartei sogar aus-

schlaggebend im Reichstage geworden und stellt seinen Präsidenten. Das ist eine unerfreuliche Erscheinung, aber durch Kritifizieren, Mörgeln und Anklagen gegen die gegenwärtige Reichsregierung wird diese Anomalie nicht aus der Welt geschafft. Das Zentrum ist eben heute noch eine Macht, und es ist der Reichsregierung gar kein Vorwurf daraus zu machen, daß sie damit rechnet und rechnen muß, um so mehr, da die Parteien, wenn es ihnen in den Kram paßt, die Macht des Zentrums, in der Regel zu Oppositionszwecken, sehr wohl zu benutzen verstehn. Begegnete das Zentrum wirklich so allgemeiner Abneigung, wie gewisse Blätter versichern, so würde es freilich der Regierung sehr leicht fallen, sich auf die Geschlossenheit der übrigen Parteien zu stützen und „gegen das Zentrum zu regieren“. Daß die Parteien in ihrer Zerfahrenheit eine solche Politik unmöglich machen, braucht kaum noch ausgesprochen zu werden, man bringt sie ja nicht einmal immer gegen die Sozialdemokratie zusammen.

Man gebe nur der Regierung Gelegenheit, sich einmal auf eine andre Parteienzusammensetzung zu stützen als auf die heute allein mögliche, und wird dann auch zu andern Ergebnissen und zu einer stetigern Politik gelangen. Der in der Gegenwart unstreitig verschobne Schwerpunkt im Reichstag kann nur dann wieder an die richtige Stelle gerückt werden, wenn entweder das Zentrum zertrümmert oder ein Gegengewicht im Reichstag selbst hergestellt wird. Außer den nun einmal im Reichstag seit Jahren bestehenden Parteiverhältnissen läßt man bei den gewohnheitsmäßigen Vorwürfen gegen die Regierung, sie komme dem Zentrum zu weit entgegen, auch noch andre tatsächlich bestehende und gar nicht vom Willen des Kaisers oder seines Reichskanzlers abhängige Zustände im Reiche außer acht. Deutschland ist seit der Reformation in zwei konfessionelle Lager geschieden, zwischen denen selten der Kampf geruht hat, da er auf beiden Seiten von aufgeregten Heißspornen immer wieder aufgenommen und außerdem in der Gegenwart von allen kirchenfeindlichen Elementen eifrig geschürt wird. Die Bedenklichkeit der Kampfgenossen dieser letzten Art wird dabei gerade von den konfessionellen Streitern, denen es ernst um ihre Sache ist, nur zu leicht übersehen. Der Unsegen des konfessionellen Haders und die Nachteile für das Reich werden zwar auf vielen Seiten erkannt und beklagt, aber es wird doch nicht anders. Am meisten freuen sich die Sozialdemokraten darüber, denn sie haben den Vorteil davon, wenn sich das Bürgertum konfessioneller Streitigkeiten wegen in den Haaren liegt und hergebrachtermaßen bei dieser Gelegenheit auch die Regierung anklagt, indem von der einen Seite behauptet wird, sie beuge sich vor dem katholischen Zentrum, und von der andern, sie verlege die Parität. Dabei wird öfter die Behauptung ausgesprochen, daß eigentlich Preußen, und auch Deutschland, ein protestantisches Land sei, was doch für Preußen seit 1815 sicher nicht mehr richtig ist und für das Reich nie gegolten hat. Während Preußen zum dritten Teil katholisch ist, hat das Deutsche Reich zu zwei Fünfteln katholische Einwohner und ist überhaupt die viertgrößte katholische Macht, indem es in der Zahl der Katholiken nur von Osterreich,

Frankreich und Italien übertroffen wird, aber sogar noch über Spanien steht, das weniger Einwohner hat, als Deutschland Katholiken zählt. Solchen notorischen Verhältnissen müssen der Kaiser und die Regierung Rechnung tragen.

Trotz dieser Sachlage ist freilich die heutige Stellung des Zentrums, die es infolge seiner Stärke und Geschlossenheit inne hat, kein erfreulicher Zustand für das Reich, das nicht aus Gedanken entsprossen ist, die in dieser Partei vorherrschen. Aber die bisher gemachten Versuche, die Stellung des Zentrums zu brechen, haben nur einmal einen Erfolg gehabt: dem Altreichskanzler gelang es in der großen nationalen Erregung bei den Septennatswahlen von 1887 durch das Kartell. Die Lehre, die sich daraus ergab, ging bald darauf in dem dem Kanzlerwechsel folgenden politischen Wirrwarr verloren und ist heute nahezu vergessen, der Wirrwarr ist aber noch da. Anregungen anderer Art, die unter Umständen auch den Zweck hätten erfüllen können, ein Gegengewicht gegen das Zentrum zu schaffen, und die den Zusammenschluß aller liberalen Parteien ins Auge faßten, sind jedesmal gescheitert, weil jeder der Führer an der Neigung festhielt, sein Bürgerwehrkorps selbst zu kommandieren. So konnte auch aus der großen liberalen Armee nichts werden, und die Aussichten auf einen Erfolg auf diesem Wege sind immer geringer geworden, je mehr die weiter links stehenden Elemente von der Sozialdemokratie aufgesogen worden sind, ein Schicksal, das ihnen Bismarck vorausgesagt hatte. Bei beiden Möglichkeiten, dem Einfluß des Zentrums ein Paroli zu bieten, fällt den Nationalliberalen der hauptsächlichste Anteil zu, und es ist darum geboten, dieser Partei eine eingehendere Betrachtung zuzuwenden.

Niemand wird der nationalliberalen Partei absprechen, daß sie in der Geschichte des jungen Deutschen Reichs eine wichtige Rolle gespielt hat, und es wird ihr auch kein Vorwurf daraus gemacht werden dürfen, daß sie vielleicht nicht mehr Führer von der Bedeutung eines Bennigsen und Miquel hat. Sie teilt darin das Schicksal der übrigen Parteien und des gesamten Reichstags. Den größern Ereignissen vor vierzig Jahren entsprachen auf allen Seiten hervorragendere Persönlichkeiten. So erscheint es wenigstens dem kritischen Beobachter. Dabei ist es aber keineswegs ausgeschlossen, daß sich auch in der Gegenwart, wenn eine plötzliche weltgeschichtliche Entscheidung über Deutschland hereinbrechen sollte, unter den heute nicht in ihrem vollen Wert erkannten Politikern die Männer finden werden, die große Aufgaben in großem Sinne aufzufassen verstehen. Die lange Friedenszeit hat die großen Ideen in den Hintergrund treten lassen, und das Parteitreiben unsrer Tage ist nicht geeignet, sie zu wecken. Wir brauchen trotzdem die Hoffnung nicht fahren zu lassen, daß Deutschland in der Stunde der Not oben wie unten auch die richtigen Leute an der richtigen Stelle haben wird, man muß nur auf allen Seiten den etwas dünn gewordenen nationalen Faden eifrig weiterspinnen und ihn nicht in dem wirren Tagesgewebe verlieren. Im Wandelgange des stolzen Reichstagsgebäudes steht ja auch der Spruch geschrieben: Erst das Vaterland, dann

die Partei; es soll hier nicht aufgezählt werden, wie oft er in den letzten Jahrzehnten von Einzelnen, ja von der Gesamtheit in sein Gegenteil verkehrt worden ist, wenn Mandatsinteressen der Parteien in Frage kamen.

Sobald neue Aufgaben im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben der Völker entstehen, pflegen sich neue Parteien zu bilden. Sie erfüllen dann nicht immer in der in ihrem Programm ausgedrückten, sondern zuweilen in ganz anderer Weise ihre Aufgabe und sollten danach eigentlich wieder verschwinden, um andern Platz zu machen, die zu neuen Weiterentwicklungen berufen sind. Die nationalliberale Partei ist unter dem ersten Jubelsturm der Verheerung von der deutschen Einheit über dem Schlachtfelde von Königgrätz geboren worden und zog alle entwicklungsfähigen Elemente des deutschen Liberalismus, wie er sich nach den Traditionen der dreißiger und vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts gebildet hatte, an sich. Was dieser Entwicklung nicht fähig war, ist, trotz allgemein anerkannter großer parlamentarischer und wahltaktischer Begabung der Führer, in der Gegenwart verschwunden bis auf geringe Reste, die sich nicht aus eigener Kraft, sondern durch gelegentliche Unterstützung von rechts und links erhalten haben. Auch die nationalliberale Partei hat starke Einbußen erlitten, es scheint aber doch, daß sie noch nicht zu den ausgelebten Parteien zu werfen ist, denn ihr Programm ist noch keineswegs erfüllt. In seinen wesentlichen, wenn auch von der Partei selbst nicht zu allen Zeiten mit Sorgfalt gehüteten Teilen ist es noch immer lebenskräftig und entwicklungsfähig.

Große Erinnerungen lasten auf den Nachkommen; sie wirken in der Regel in ihrer Vielseitigkeit störend und lassen darum oft nur schwer die Ursachen der einstigen Größe klar erkennen. Auch die heutigen Nationalliberalen leiden unter dem Druck der früheren Größe der Partei, eine gewisse Unklarheit über die eigentliche Ursache des Rückgangs gibt ihrem Auftreten zuweilen etwas Schwankendes und ist durchaus nicht geeignet, die Partei wieder auf die ehemalige Höhe zu bringen. Parteien können sich aber ebensowenig wie Staaten von den politischen Grundlagen entfernen, auf denen sie entstanden sind. Die Nationalliberalen hatten nach dem Grundsatz Macaulays: „Ein Staatsmann ist oft genötigt, auch in Maßregeln, die ihm mißfallen, zu willigen, um nicht den Erfolg von Maßregeln zu gefährden, in denen er ein Lebensinteresse sieht“, sich rüstig in den lebendigen Strom der Gründung des Reichs geworfen und — um mit einem liberalen Schlagwort zu reden — die Einheit über die Freiheit gestellt. Dadurch gewannen sie die Führung des parlamentarischen Lebens und kamen gerade deshalb in die Lage, für die Verfassung wie für die Gesetzgebung des jungen Reichs einzelne recht beachtenswerte liberale Grundsätze wie das Budgetrecht des Reichstags, die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers u. a. durchzusetzen, während der doktrinaire Liberalismus fruchtlos blieb. Die Stärke der nationalliberalen Partei fällt genau mit der Beibehaltung dieses Standpunkts zusammen. Sie blieb groß und ausschlaggebend, solange sie den bürgerlichen Liberalismus zu dessen eignem Vorteil in den Dienst der Reichsidee zu

stellen verstand; von dem Augenblick an, wo sich die Partei unter dem Einfluß ihrer redegewandten freihändlerischen Mitglieder Laszka, Bamberger usw. von der großzügigen Reichspolitik Bismarcks ab- und der Opposition zuwandte, ging sie überraschend schnell zurück.

Die Partei machte damals einen Rückfall in das alte liberale Programm durch, das vor der Gründung des Reichs entstanden und darum überholt war. Darin hatte freilich der Cobdenismus, der Freihandel zu Englands Gunsten eine große Rolle gespielt; heute ist er sogar im britischen Reiche fast ohne Bedeutung und nur in der neuesten Zeit zur Wiederbelebung der liberalen Partei vorübergehend hervorgehoben worden, in allen übrigen Ländern aber längst verlassen und vergessen. Die nationalliberale Partei wurde damals binnen wenig Jahren durch Spaltungen und Wahlverluste auf die Hälfte ihres frühern Bestandes reduziert. Auch in der Gegenwart scheint sie sich wieder in einen Rückfall in die alte liberale Doktrin verloren zu haben. Zunächst kann nicht gut ein Zweifel darüber bestehen, daß sich viele ihrer Führer der Täuschung hingeben, weil die größte Stärke der Partei von hundertachtzig Mandaten in die Zeit des Kulturkampfes fiel, müsse man eifrig Kulturkampf treiben, um wieder in die Höhe zu kommen und dem Vaterlande zu nützen. Es ist jedoch ein Irrtum, daß die nationalliberale Partei durch den Kulturkampf groß geworden sei. Dieser fiel in die Zeit der größten innern Machtfülle Bismarcks, hinter dem die Nationalliberalen damals Mann an Mann als Vorkämpfer für den Reichsgedanken standen. Darin lag ihre Stärke, das Kampfobjekt dagegen war ziemlich nebensächlich. Wenn die Partei dabei die unnötigen Härten der kirchenpolitischen Gesetzgebung, die erst hinterher aufkamen, übersehen hatte, so ist ihr daraus kein Vorwurf zu machen, denn andre taten dasselbe, und sie war am ersten durch ihren Ursprung aus der alten liberalen Partei zu entschuldigen. Ein Fehler ist es aber, wenn man jetzt den damaligen Kampfeszeifer wieder beleben will. Die Zeit des Kulturkampfes ist endgiltig vorüber, und er kann auch von einer Partei allein, wäre sie auch noch so stark, nicht geführt werden. Die Regierung sieht aber kein Bedürfnis für einen solchen und wird sich nicht durch die Ausstreunung, sie stehe im ultramontanen Lager, dazu drängen lassen. Auch die Mehrzahl des Volks will keinen Kulturkampf wieder.

Die Zukunft der nationalliberalen Partei wird sich demnach nicht auf die Wiederanschürung des Kulturkampfes, sondern auf die Wiederbelebung ihrer rein-nationalen Vergangenheit gründen müssen. Die Machtstellung des Zentrums rührt keineswegs von der Organisation der streitbaren katholischen Kirche und auch nicht von der Unterwerfung unter irgendeine kirchliche Autorität, sondern von der Einigkeit her, in der politisch scharfsblickende, taktisch gewandte und zu praktisch nützlichem Entgegenkommen bereite Führer die an sich sehr widerstrebenden Elemente der Partei zusammenzuhalten verstehen. Das Zentrum hat Konservative, Liberale und sehr Radikale in seinen Reihen, und doch ordnen sich alle einem Gedanken unter, denn sie wissen, Einigkeit gibt Macht, und die allein

führt zu politischem Einfluß. Die schönsten „Prinzipien“ verleihen dagegen gar keine Macht; darum fordern doch auch immer die Parteien die Macht der Regierung zur Durchführung ihrer „Prinzipien“. Sie können noch alle vom Zentrum lernen, wie man politisch praktisch verfährt. Ihm kommt auch das Schüren in der Kulturkampfsache durch die Nationalliberalen gar nicht so ungelegen, denn den Führern wird das Zusammenhalten der sehr ungleichartigen Mitglieder der Partei sehr erleichtert, wenn es immer ein wenig kulturkämpferisch riecht. Sie wissen außerdem den Einfluß einer großen Partei zu schätzen und auch zu verwerten. Zählte die nationalliberale Partei nun auch hundert Mandate, wie seit Jahren das Zentrum, so würde ihr Einfluß aus nationalen Gründen noch viel größer sein als der heutige „ultramontane“. Dazu verhilft jedoch kein Beneiden und kein Angreifen, sondern nur Bessermachen, dazu darf man nicht Irrpfade einschlagen, die vom Ziel abführen und andern den Weg freilassen. Vor allen sollten die Nationalliberalen nie die einstige Warnung Bismarcks an Bennigsen aus dem Auge verlieren: „Laß nicht vom Sinken dich umgarnen.“ Diese Warnung war seinerzeit beachtet worden, und der Erfolg war, daß die Partei kurz darauf infolge ihrer nationalen Haltung bei den Septennatswahlen plötzlich wieder hundert Mandate erreichte.

Dann kam allerdings die irrtumsreiche Zeit nach dem Tode der beiden Kaiser und dem Ausscheiden Bismarcks, in der es auch durchaus national gesinnten Männern schwer wurde, zwischen der Verehrung des Altreichskanzlers, die allen eine Herzenssache war, und der Tatsache, daß das Deutsche Reich verfassungsmäßig auf die Dynastie der Hohenzollern, aber nicht auf das Haus Bismarck begründet ist, die richtige Mittellinie zu finden. Die Nationalliberalen entschlossen sich damals, gegen die Caprivische Heeresvorlage mit der zweijährigen Dienstpflicht zu agitieren, und sie traten erst für sie ein, nachdem der Reichstag aufgelöst worden war, und Bennigsen allerdings fünftausend Mann von der Präsenzstärke abgehandelt hatte. In den national gesinnten Volkstreffen, die der Heeresvorlage durchaus geneigt waren, war dadurch eine Spaltung und eine große Lauheit hervorgerufen worden, weshalb das Wahlergebnis für die Nationalliberalen, namentlich in Süddeutschland, weit hinter dem von 1887 zurückblieb. Von jenen unklaren Zeiten her schreibt sich überhaupt der Rückgang der Nationalliberalen im Südwesten; nacheinander haben sie ihre Stellung im bayrischen, dann ihre Mehrheit im württembergischen und im badischen Landtage eingebüßt, und es ist kaum mehr als ein Spiel mit Worten, wenn dafür das Erstarken des Partikularismus verantwortlich gemacht und beklagt wird; denn was in Süddeutschland die den Reichsgedanken vertretenden Nationalliberalen verlieren, das fällt von selbst den partikularistischen Demokraten und Ultramontanen zu. Fehler der Taktik in national tief bewegter Zeit, darunter besonders die auch von anderer Seite geübte Methode, den greisen Kaiser Wilhelm und den Fürsten Bismarck gegen den jetzigen Kaiser und seine Kanzler ins Treffen zu führen, haben zunächst den Nationalliberalen geschadet und der

Demokratie Wähler über Wähler zugeführt. Man kann doch auch nicht zugleich die Reichsidee hochhalten wollen und ihre obersten verfassungsmäßigen Vertreter herabsetzen. Beides verträgt sich nicht; eine Reichspartei muß mit dem auszukommen suchen, was wir haben, und nicht verlangen, was wir nicht haben und nicht haben können. Dergleichen ist Sache der Opposition.

Es wäre für das Reich sehr nützlich, wenn die Nationalliberalen aus diesen Tatsachen ihrer eignen Geschichte die richtigen Schlüsse ziehen und nicht immer wieder an ihre liberale Vorvergangenheit anknüpfen wollten. Das Vaterland verlangt Reichsparteien, die sich nicht mehr mit der Oppositionsspielerei des doktrinären Liberalismus befassen. Dieser Liberalismus ist doch kein anderer als der, von dem Bismarck am 9. Mai 1884 im Reichstage sagte: „Ich muß es ganz entschieden aussprechen, daß dieser Liberalismus meiner Überzeugung nach keine Zukunft hat, und daß ich es als die Aufgabe meines Lebens halte, als meine Pflicht dem Kaiser und dem Lande gegenüber, diesen Liberalismus zu bekämpfen bis zum letzten Atemzug.“ Durch Annäherung an den Liberalismus, soweit er überhaupt noch nicht in der Sozialdemokratie aufgegangen ist, kann eine Reichspartei — und eine solche ist die nationalliberale — nicht gekräftigt werden. Die neuern Vorgänge in der Partei beweisen es ja selbst. Die Prediger in ihren Reihen, die unausgesetzt betonen, daß in Zukunft „liberalere Bahnen“ eingeschlagen werden müssen, setzen wohl immer auf den Parteitag in diesem Sinne lautende Beschlüsse durch, aber hinterher können sie nicht befolgt werden, weil die Partei in jedem praktischen Einzelfalle erkennt, daß sie sich dadurch vom nationalen Boden abdrängen lassen würde. Das Spielen mit der Opposition in Worten, während man als nationalliberale Partei doch gar nicht daran denken kann, zur wirklichen Opposition überzugehen, wirkt lähmend auf die eigne Tatkraft und auf die Stimmung der Bevölkerung. Mit dem Liberalseinwollen hat man seit dem Rücktritt Bismarcks nun lange genug erfolglos operiert, und es dürfte an der Zeit sein, wieder andre Bahnen einzuschlagen und nicht weiter zu versuchen, der Partei neue Kraft zuführen zu wollen aus einem Boden, der gar keine mehr erzeugt.

Will die nationalliberale Partei wieder eine große liberale Bürgerpartei werden, wie sie es einst war, und wie es zum Besten des Reichs auch sehr wünschenswert ist, so muß sie all den demokratischen und antiklerikalen Schnickschnack, der ihr noch zeitweilig als vorgehichtlicher Anhang anklebt, ernstlich beiseite lassen und sich wieder ganz in den Dienst der Reichsidee stellen, wie sie gegenwärtig durch den kaiserlichen Schöpfer der Flotte und seinen bewährten Kanzler vertreten wird. Denn eine andre haben wir nicht. Den kirchlichen Hader sollte man ruhn lassen, weil man durch ihn nur das Zentrum stärkt. Übergriffe allzu eifriger katholischer Geistlicher hat es zu allen Zeiten gegeben, in der Gegenwart sind aber alle Fälle dieser Art infolge des guten Einvernehmens mit dem Vatikan immer rasch beigelegt worden. Bei einer solchen Sachlage kann es vernünftigerweise keinen Kulturkampf mehr geben, noch

dazu in einer Zeit, wo der gesamte Einfluß der modernen Wissenschaft, wo die den weitesten Kreisen der Bevölkerung zugeflossene Bildung und wo nicht zum letzten die ausgesprochne Haltung des Kaisers, der bei allem billigen Entgegenkommen gegen seine katholischen Reichsangehörigen doch ein besserer Protestant ist als viele, die sich aus Parteigründen dafür ausgeben, jeden wirklichen Versuch einer klerikalen Reaktion im Keime ersticken würde. Daß der Einfluß des Zentrums an die Stelle des frühern der Nationalliberalen getreten ist, ist im Reichsinteresse zu beklagen, bedeutet aber keine klerikale Reaktion. Dieser parlamentarische Mißstand kann bloß auf parlamentarischem Wege wieder beseitigt werden, und die Nationalliberalen wären die nächsten dazu, wenn sie sich wieder auf die höhere Warte der Idee begeben wollten, die einst ihre Partei geschaffen hat. Auf ein höheres Niveau kann unsre ganze innere Politik, unser parlamentarisches Leben nur wieder gehoben werden, wenn die grundlegende Idee: Kaiser und Reich! wieder mehr in den Vordergrund gestellt wird. Es soll durchaus nicht der Vorwurf erhoben werden, als hätte die nationalliberale Partei in den letzten Jahren irgendwie gegen eine nationale Forderung direkt gefehlt, aber der Gedanke: Für Kaiser und Reich! muß öfter und wärmer, die Bereitwilligkeit, alle für die Machtbehauptung und Machtentfaltung des Reichs notwendigen Opfer zu bringen, mit mehr Begeisterung als bisher ausgesprochen, schließlich aber auch entschiedene Stellung genommen werden gegen die tatsächlichen Gegner jeder wahren Reichspolitik, die Sozialdemokraten. Damit würde sie auch in den weitesten Kreisen des Bürgertums Zustimmung finden, denn dort sucht man Hilfe gegen den täglichen und stündlichen Bedränger, gegen den Störer aller bisherigen friedlichen Verhältnisse, gegen den Beschimpfer alles dessen, woran der deutsche Bürger seither seine Freude gehabt hat, gegen die Sozialdemokraten.

Bis an sein Lebensende hat der Altreichskanzler den Kampf gegen die Sozialdemokratie als erste Aufgabe hingestellt, man weiß ganz genau, daß jede Handlung, die auf die Zersplitterung der bürgerlichen Parteien hinwirkt, ein gutes Werk an der Sozialdemokratie ist, und trotzdem wird bei allen Wahlen die bisherige Taktik fortgesetzt und niemals an die erste Stelle der Ruf: Wider die Sozialdemokratie! gestellt. Nach ihrer historischen Stellung fällt dieser Ruf den Nationalliberalen zu, die aber auch ihre ganze politische Haltung und ihre Presse danach zuschneiden müßten; bei der heutigen Stimmung in bürgerlichen Kreisen würde eine Partei, die in diesem Sinne mit Entschiedenheit vorgeht, eine ganz andre Stütze finden als mit den Versuchen, den Kulturkampf aufzufrisken, für den sich niemand mehr zu erwärmen vermag. Diese Stimmung zu erfassen und politisch nutzbringend für die weitschauende Politik des Kaisers zu verwerten, das entspricht allein der rühmlichen Vergangenheit der Nationalliberalen. Es scheint freilich, als ob die Kulturkampfprediger die günstige Gelegenheit verpassen würden, die natürlich vorüber sein wird, sobald die gegenwärtige Stimmung der bürgerlichen Kreise in Ermangelung politischer Sammlung und Unterstützung wieder eingeschlafen ist. Es gibt aber gar keine dringlichere

Aufgabe für alle, die sich noch zum Mittelstand und Bürgertum in Deutschland zählen, als die gemeinsame Abwehr des politischen, gesellschaftlichen und gewerblichen Drucks, den die Massen der Sozialdemokratie ausüben, und dem nur durch einen ebenso geschlossenen Widerstand begegnet werden kann. Daß ein solcher Zusammenschluß überhaupt nur unter der alten Devise der Nationalliberalen: Für Kaiser und Reich! möglich ist, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden.



## Russische Briefe

Von George Cleinow

2



ank der Wahltaktik der konstitutionell-demokratischen Partei fiel die Zusammensetzung der ersten russischen Volksvertretung so aus, daß folgenschwere Zusammenstöße mit den Vertretern der Regierung von vornherein unvermeidlich erschienen. Daß die Duma oppositionell war, ist dabei durchaus nicht als Fehler gedacht. Nach Lage der Dinge in einem sich neu formierenden Staate muß meines Erachtens die erste Volksvertretung — will sie wirklich reformierend wirken — immer oppositionell gegen ein aus dem alten Staatsorganismus übernommenes Kabinett sein. Dabei muß es gleichgiltig sein, ob das Kabinett reaktionär oder fortschrittlich ist. Denn erst aus den fortgesetzten Reibungen zwischen Kabinett und Parlament können sorgsam durchdachte und durchgearbeitete Gesetze entstehen. Natürlich muß von beiden Seiten der Ausweg sachlich gesucht werden. In unserm Falle zählte das Kabinett Vertreter der schärfsten Reaktion wie den Ackerbauminister A. S. Stischinski und Liberale wie den Justizminister Stscheglowitow zu seinem Bestande. Der Ministerpräsident S. L. Goremykin war durchaus farblos. Die Hauptaufgabe des ersten russischen Parlaments bestand demnach nicht in der Beseitigung des Kabinetts, sondern in dessen Ausnutzung, um die im Manifest vom 17. (30.) Oktober 1905 dem Lande zugedachten Segnungen ins Leben einzuführen und sicherzustellen. Das Kabinett Goremykin war anfangs unter dem Drucke der moskowitzischen Reaktion geneigt, sich der Anschauung anzuschließen, als sei durch jenes Manifest mehr gegeben worden, als einer gesunden Entwicklung des russischen Gesamtstaats zuträglich wäre. Diese Anschauung fand zuletzt maßgeblichen Ausdruck in dem kurz vor Zusammentritt der Duma veröffentlichten Staatsgrundgesetz (dessen Text findet sich in meinem Buche: „Aus Rußlands Not und Hoffen“, S. 290 bis 305). Während aber die Regierung den Anschein erweckte, als wolle sie nicht recht an das Manifest herangehn, trieb die Mehrheit in der Duma offenkundig weit darüber hinaus, ja unter dem Einfluß der Republikaner wurden auch